

Antrag 102/I/2018**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Elternnachzug**

1 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus
2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
3 Nachzug von Eltern von Migranten, die sich in Deutsch-
4 land integriert haben und

5

6 • entweder die deutsche Staatsbürgerschaft erwor-
7 ben haben

8 • oder seit mehr als 15 Jahren rechtmäßig in Deutsch-
9 land leben und die Niederlassungserlaubnis besit-
10 zen,

11

12 ihre Eltern nach Deutschland holen dürfen, wenn diese im
13 Herkunftsland eine notwendige Pflege nicht mehr erlan-
14 gen können.

15

16 Die sonstigen Nachzugsvoraussetzungen müssen vorlie-
17 gen. Insbesondere muss der Lebensunterhalt gesichert
18 sein und eine Krankenversicherung bestehen.

19

20 Begründung

21 Deutsche Staatsbürger dürfen ihre Eltern, wenn diese
22 Drittstaater sind, also aus einem „nicht EU-Staat“ kom-
23 men, auch dann nicht nach Deutschland holen, wenn die-
24 se auf die Betreuung durch die Familie angewiesen sind.
25 Ein EU-Bürger, der in Deutschland lebt und arbeitet, kann
26 dies aber tun. Dass deutsche Staatsbürger diese Rechte,
27 die durch das Recht der EU gewährt werden, nicht erhal-
28 ten, nennt man „Inländerdiskriminierung“.

29

30 Für die Familien bedeutet dies kaum zu überschätzende
31 Belastungen. Viele Familien versuchen dann, dass immer
32 ein Familienmitglied zu den Eltern – meist ist es nur ein ver-
33 bliebener Elternteil, eil der andere verstorben ist – reist
34 und diese betreut.

35

36 Daran zerbrechen auch Familien. Sie verstehen nicht, wie
37 man ihnen das für viele Länder und Völker selbstver-
38 ständliche Recht verweigern kann, pflegedürftige Eltern
39 bei sich aufzunehmen, obgleich dem deutschen Staat da-
40 durch keine finanzielle Nachteile entstehen können, weil
41 Lebensunterhalt einschließlich umfassenden Krankenver-
42 sicherungsschutz gesichert sind.

43

44 Das Gleiche gilt für noch nicht eingebürgerte Migranten
45 mit gesichertem Aufenthaltsrecht und klarer Perspektive
46 für den dauerhaften Verbleib der Familie in Deutschland.

47

48 Das hier aufgezeigte Problem wird immer dringender, da

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 die Eltern der ersten und teilweise der zweiten Migranten-
50 generation nunmehr in ein Alter kommen, das Pflegebe-
51 dürftigkeit und Tod mit sich bringt.
52 Umgekehrt ist es ein wichtiges politisches Signal, wenn
53 wir denen, die sich in Deutschland vollendet integriert
54 haben, deutlich machen, dass wir Verständnis für Not-
55 wendigkeit haben, grundlegende humanitäre Bedürfnis-
56 se, wie sie auch die „Bio-Deutschen“ empfinden, zu befrie-
57 digen. Nur so können wir die gesellschaftliche Gleichstel-
58 lung nachweisen, die Grundlage aller Integration ist.